

Datenschutz-Grundverordnung

Was ändert sich für Sie? **Ein Überblick über die Datenschutz-Grundverordnung**

Gudrun Schumacher

Rechtsanwältin

Agenda

- Grundlagen DSGVO
- Ziele und Grundprinzipien
- Änderungen, insbesondere für Unternehmen
- Konsequenzen

Grundlagen

Grundlagen DSGVO

- Datenschutz-**Grundverordnung** (VO EU/2016/679 vom 27. April 2016)
 - Wirksamkeit ab **25. Mai 2018**

 - Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG („Datenschutzrichtlinie“)
 - Umsetzung in nationales Recht erforderlich
 - Teilweise erhebliche Unterschiede im nationalen Datenschutz

 - **Unmittelbare** Geltung in der gesamten EU
 - Alle nationalen Datenschutzgesetze müssen bis dahin durchgesehen und bei Widersprüchen entweder aufgehoben oder angepasst werden.

Grundlagen DSGVO

- **Datenschutz**-Grundverordnung

Verarbeitung **personenbezogener Daten**

- Definition Art. 4 Nr. 1 DSGVO: „alle Informationen, die sich auf eine **identifizierte oder identifizierbare natürliche Person** (im Folgenden: „betroffene Person“) beziehen“
- „identifizierbar“: wenn die Person **direkt oder indirekt**, insbesondere **mittels Zuordnung** zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann (**relativer Personenbezug**)
- Nicht bei **Anonymisierung**
- Auch nicht bei **Pseudonymisierung???**
 - Personenbezogenes Datum, aber geeignetes Mittel des Persönlichkeitsschutzes (Erwägungsgründe 26 S. 2, 28 S. 1 DSGVO)

Grundlagen DSGVO

- **Geltungsbereich**

- **Sämtliche Unternehmen in der EU**

- entscheidend: Ort der Niederlassung, nicht Ort der Datenverarbeitung

- Auch für Unternehmen **außerhalb der EU** („Drittstaaten“), wenn sie

- Personen in der EU Leistungen anbieten (auch kostenlose Dienste)

- Verhalten von Personen in der EU beobachten (Tracking, Profiling etc.)

- sog. **Marktortprinzip** (früher: Sitzlandprinzip)

- ➔ **NEU: „EU-Vertreter“ verpflichtend**

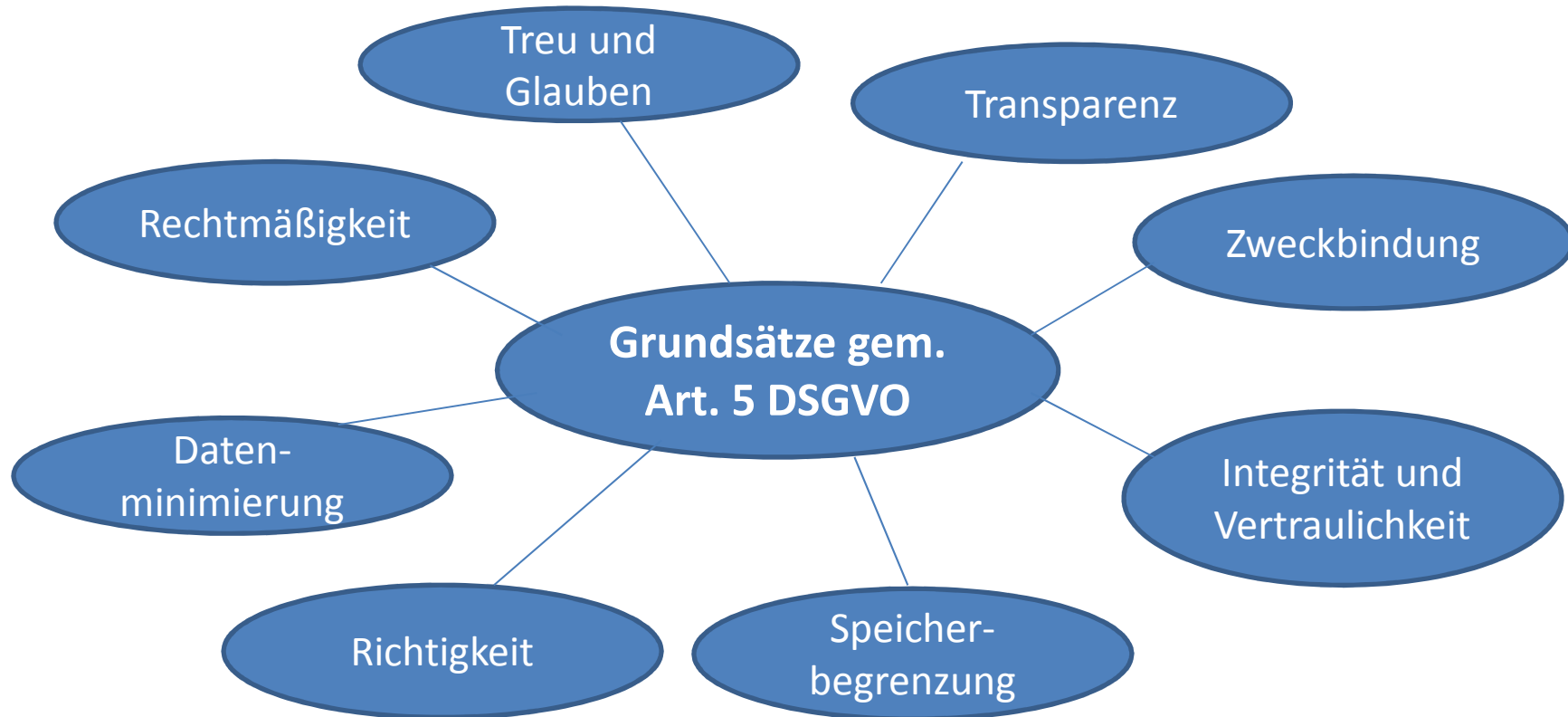
- als Anlaufstelle und Ansprechpartner für Betroffene und Aufsichtsbehörden

Ziele und Grundprinzipien

Ziele

- Umfassende Neuordnung des gesamten Datenschutzes in Europa
- Gleich hohes Datenschutzniveau in ganz Europa
 - Aber: **Öffnungsklauseln** vorhanden!
 - Spielraum für konkrete Umsetzung der Mitgliedstaaten
- Stärkung der Verbraucherrechte
 - Mehr Kontrolle über die eigenen Daten
- Stärkung der Aufsichtsbehörden
 - Mehr Kontrolle über die Einhaltung der Datenschutzgesetze
- Beseitigung bestehender Wettbewerbsverzerrungen infolge unterschiedlicher nationaler Datenschutzbestimmungen

Grundprinzipien



Grundprinzipien

- **Verbot mit Erlaubnisvorbehalt (Art. 6 DSGVO)**

Umgang mit personenbezogenen Daten ist verboten, wenn nicht

- Einwilligung des Betroffenen vorliegt
- Gesetzgeber die Handlung explizit erlaubt (Erlaubnistatbestand)
 - Erfüllung eines Vertrags oder Durchführung einer vorvertraglichen Maßnahme
 - Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
 - Schutz lebenswichtiger Interessen
 - Erfüllung öffentlicher Aufgaben
 - Wahrung berechtigter Interessen

(Erwägungsgrund 48: Mögliches berechtigtes Interesse an Übermittlung innerhalb des Konzerns)

Änderungen

Betroffenenrechte

- Teilweise **Verschärfung** der bekannten Grundsätze bzw. **Neu-Erhebung** zu gesetzlichen Prinzipien
 - z.B. erhöhte Transparenzpflichten, „Richtigkeit“

 - Teilweise **Abweichungen**
 - z.B. Zweckänderung (Art. 6 Abs. 4 DSGVO)
 - Zukünftig zulässig, wenn Einwilligung des Betroffenen oder wenn eine Rechtsvorschrift dies erlaubt, oder die Verarbeitung für andere Zwecke ist mit dem ursprünglichen Zweck „vereinbar“
- ➔ für Einhaltung aller Grundsätze **Rechenschafts- und Nachweispflicht** des Verantwortlichen

Betroffenenrechte

- **Einwilligung** als zentrales Instrument (Art. 6 Abs. 1, 7 DSGVO)
 - Definition Art. 4 Nr. 11 DSGVO: „jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist“
 - Keine Schriftform, aber Nachweispflicht
 - NEU: Kopplungsverbot
 - NEU: Mindestalter

Betroffenenrechte

- **Betroffenenrechte**

- Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Berichtigung und Löschung (Art. 16, 17 DSGVO)
- Recht auf Datenportabilität (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)

A decorative graphic at the top of the slide consists of several overlapping geometric shapes in various shades of blue, creating a dynamic, abstract background.

Änderungen

...für Unternehmen

Unternehmen

- **Informationspflichten** gegenüber dem Betroffenen (Art. 13, 14 DSGVO):
 - Kontaktdaten des Verantwortlichen u. seines Datenschutzbeauftragten
 - Zwecke der Datenverarbeitung
 - Ggf. berechnete Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten
 - Empfänger / Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten
 - Übermittlung von Daten in ein Drittland
 - Dauer der Datenspeicherung / Kriterien für die Dauer der Speicherung
 - Weitergabe von Daten an Auftragsverarbeiter
 - Umfang der Betroffenenrechte

- Entsprechendes **Auskunftsrecht** des Betroffenen (Art. 15 DSGVO)

Unternehmen

- **Löschungsanspruch** des Betroffenen (Art. 17 DSGVO)
 - „Recht auf Vergessenwerden“
 - Anspruch direkt bei der speichernden Stelle
 - Nicht identisch mit Gegenstand der EuGH-Entscheidung zu Suchmaschineneinträgen bei Google
 - Pflicht für Unternehmen, **auch andere Stellen**, die die Daten verarbeiten, über den Löschungsanspruch des Betroffenen **zu informieren**



Weitgehende Pflichten des Unternehmens

Unternehmen

- **Rechenschafts- u. Nachweispflichten / Accountability**
 - Art. 5 Abs. 2 DSGVO: Der Verantwortliche ist für die Einhaltung der Grundsätze der DSGVO verantwortlich und muss deren Einhaltung **nachweisen** können („**Rechenschaftspflicht**“).
 - Geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, „um sicherzustellen und den **Nachweis** dafür erbringen zu können,“ dass Verarbeitung gem. DSGVO erfolgt (Art. 24 Abs. 1 DSGVO)
 - Konkretisierung in Pflicht zur Führung eines Verarbeitungsverzeichnisses (Art. 30 DSGVO)
 - Bewirkt de facto **Beweislastumkehr**

Unternehmen

- **Datensicherheit** (Art. 32 DSGVO)
 - Technische u. organisatorische Maßnahmen, abhängig von
 - Schutzbedarf der Daten
 - Wirtschaftlicher Zumutbarkeit
 - Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit, Belastbarkeit der Systeme u. Dienste, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden
- ➔ Im Gegensatz zu früher jetzt **bußgeldbewehrt!**

Unternehmen

- **Freiwillige Selbstregulierungsmaßnahmen**
 - **Genehmigte Verhaltensregeln (Art. 40 DSGVO)**
 - (Branchenspezifische) Verhaltensregeln
 - Ausgestaltung durch Verbände / sonstige Vereinigungen, die Kategorien von Verantwortlichen oder Auftragsverarbeitern vertreten
 - Genehmigung durch Aufsichtsbehörde und Veröffentlichung

 - **Zertifizierungsverfahren (Art. 42 DSGVO)**
 - Für Verarbeitungsvorgänge von Verantwortlichen oder Auftragsverarbeitern
 - Durch Zertifizierungsstelle oder Aufsichtsbehörde

Unternehmen

- **Datenschutz-Folgenabschätzung** (Art. 35 DSGVO)
 - Verpflichtend bei risikobehafteten Datenverarbeitungen
 - Eintrittswahrscheinlichkeit u. Schwere des möglichen Risikos?
 - **Konsultationspflicht** der Aufsichtsbehörde, falls das Ergebnis ein hohes Risiko nahelegt und Verantwortlicher keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos trifft.
 - Diese kann:
 - binnen 8 Wochen Empfehlung zur Risikominimierung abgeben oder
 - **Untersagung** der Datenverarbeitung aussprechen

Unternehmen

- **Data Breach Notification** bei Datenschutzverletzungen
 - **Umfassende Meldepflicht** gegenüber den **Datenschutzbehörden** (Art. 33 DSGVO)
 - Jede Datenschutzverletzung i.S.d. Art. 4 Nr. 12 DSGVO
 - Unverzüglich, möglichst innerhalb von 72 Std.
 - Außer wenn kein Risiko für persönlichen Rechte u. Freiheiten des Betroffenen
 - **Benachrichtigungspflicht** gegenüber den **Betroffenen** (Art. 34 DSGVO)
 - Voraussichtlich hohes Risiko für Betroffenen
 - Unverzüglich
 - Nicht, wenn Risiko durch geeignete Sicherheitsvorkehrungen oder Maßnahmen beseitigt



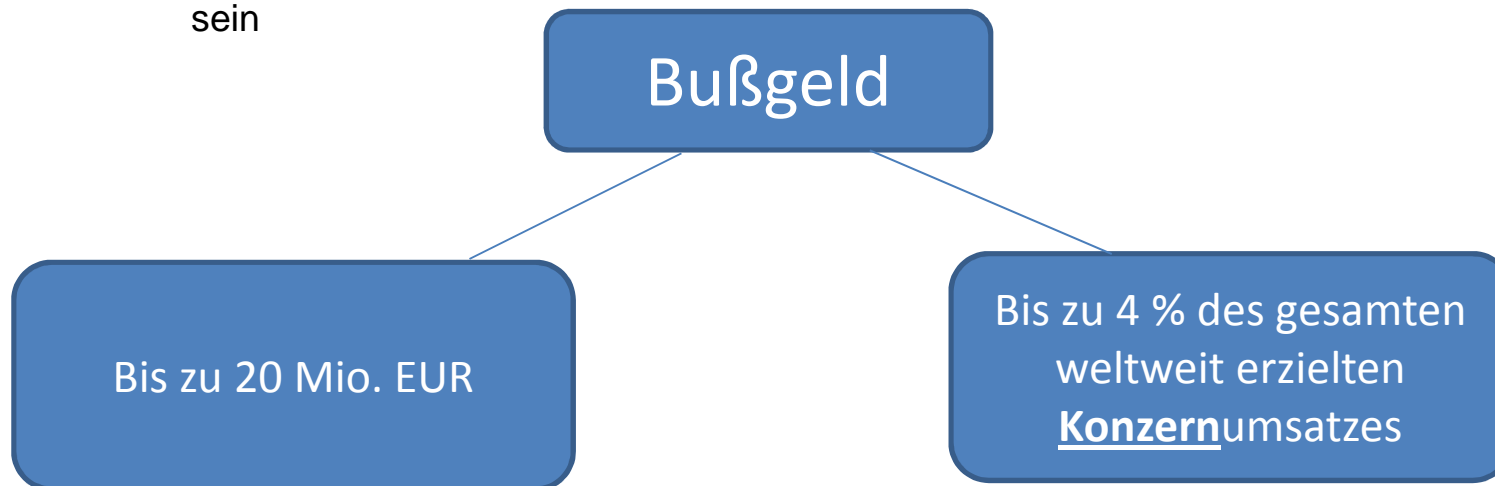
Weitgehende Pflichten des Unternehmens

Was bedeutet das...

...für Unternehmen?

Unternehmen

- **Haftungsrisiko** steigt enorm an
 - Schadensersatz materiell u. **immateriell** (Art. 82 Abs. 1 DSGVO)
 - **Bußgelder** (Art. 83 DSGVO)
 - fast alle wesentlichen Bestimmungen der DSGVO betroffen
 - Geldbußen müssen in jedem Einzelfall **wirksam, verhältnismäßig** und **abschreckend** sein



- Je nachdem, welcher Betrag **höher** ist.

Unternehmen

- **Kriterien für Bußgeld-Bemessung** (Art. 83 Abs. 2 DSGVO)
 - Art, Schwere u. Dauer des Verstoßes
 - Art, Umfang u. Zweck der betreffenden Datenverarbeitung
 - Zahl der betroffenen Personen
 - Ausmaß des erlittenen Schadens
 - Vorsätzlichkeit oder Fahrlässigkeit des Verstoßes
 - Getroffene Maßnahmen zur Minderung des entstandenen Schadens
 - Grad der Verantwortung unter Berücksichtigung der getroffenen TOMs
 - etwaige einschlägige frühere Verstöße
 - Kategorien der betroffenen Daten
 - Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde, um Verstoß abzuwenden

Konsequenzen

- Bedeutung des Datenschutzes wird zunehmen und wie Einhaltung von Compliance-Vorschriften einer Risikobewertung unterliegen
- Pflicht zur Dokumentation der Einhaltung der DSGVO
- Prüfungen durch Datenschutzbehörden sind zu erwarten und bereits angekündigt

Gudrun Schumacher



Rechtsanwältin

BEITEN BURKHARDT | Ganghoferstraße 33 | 80339 München

Praxisgruppe – IT/IP/Medien

Telefon: +49 89 35065-1307

E-Mail: Gudrun.Schumacher@bblaw.com

Gudrun Schumacher ist Associate bei BEITEN BURKHARDT in München und Mitglied der Praxisgruppe IP/IT/Medien. Ihr Tätigkeitsbereich umfasst das Urheber-, Presse-, und Wettbewerbsrecht sowie das Recht der Informationstechnologie (einschließlich des Telekommunikations- und Datenschutzrechts). Sie berät nationale und internationale Mandanten umfassend in allen presserechtlichen sowie medienrechtlichen Angelegenheiten.

Gudrun Schumacher studierte Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München und wurde im Jahr 2013 zur Anwaltschaft in Deutschland zugelassen. Seit 2012 ist sie bei BEITEN BURKHARDT tätig.

Über BEITEN BURKHARDT

BEITEN BURKHARDT auf einen Blick

BEITEN BURKHARDT ist eine internationale unabhängige Wirtschaftskanzlei.

Gegründet 1990 in München

Berufsträger 275

weltweit

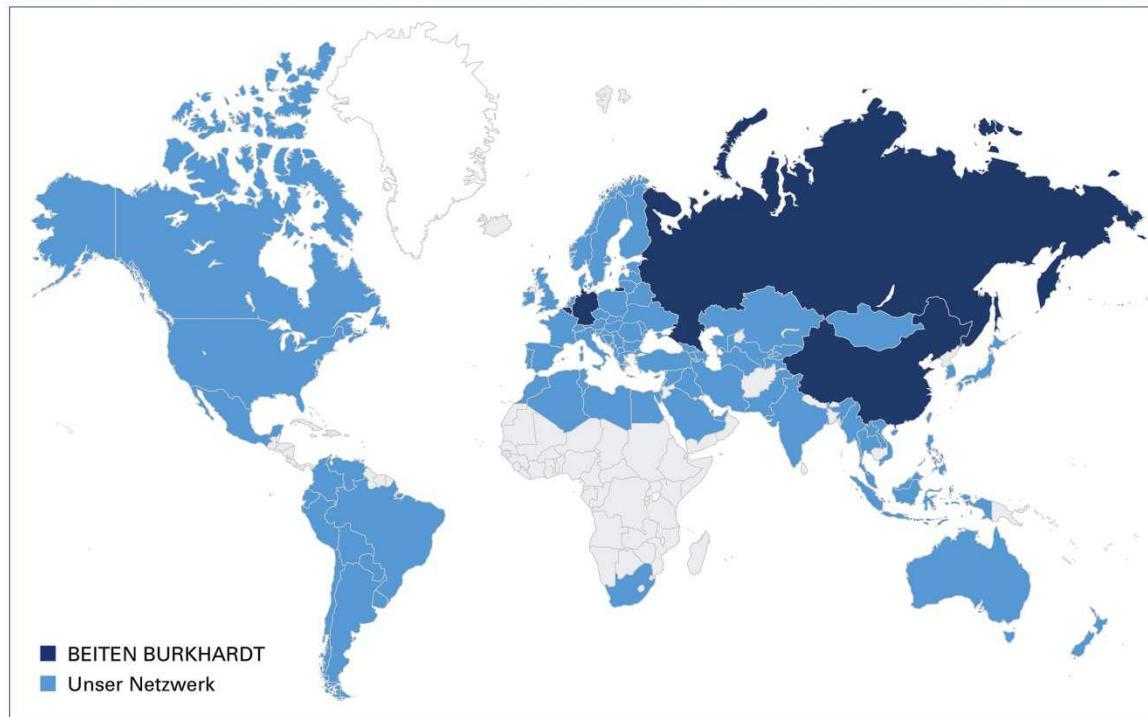
in Deutschland 243

im Ausland 32

Standorte
Beijing, Berlin, Brüssel,
Düsseldorf, Frankfurt am Main,
Moskau, München,
St. Petersburg



Unser Internationales Netzwerk



Unsere deutschen und internationalen Standorte

Wo wir sind

Beijing

BEITEN BURKHARDT

Suite 3130, 31st Floor
South Office Tower
Beijing Kerry Centre
1 Guang Hua Road
Chao Yang District
100020 Beijing
China
Tel.: +86 10 85298110
Fax: +86 10 85298123
E-Mail: bblaw-beijing@bblaw.com

Düsseldorf

BEITEN BURKHARDT

Cecilienallee 7
40474 Düsseldorf
Tel.: +49 211 518989-0
Fax: +49 211 518989-29
E-Mail: bblaw-duesseldorf@bblaw.com

Moskau

BEITEN BURKHARDT

Turchaninov Per. 6/2
119034 Moskau
Russland
Tel.: +7 495 2329635
Fax: +7 495 2329633
E-Mail: bblaw-moskau@bblaw.com

Berlin

BEITEN BURKHARDT

Kurfürstenstraße 72 – 74
10787 Berlin
Tel.: +49 30 26471-0
Fax: +49 30 26471-123
E-Mail: bblaw-berlin@bblaw.com

Frankfurt

BEITEN BURKHARDT

Mainzer Landstraße 36
60325 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 756095-0
Fax: +49 69 756095-512
E-Mail: bblaw-frankfurt@bblaw.com

St. Petersburg

BEITEN BURKHARDT

Marata Str. 47-49, Lit. A, office 402
191002 St. Petersburg
Russland
Tel.: +7 812 4496000
Fax: +7 812 4496001
E-Mail: bblaw-stpetersburg@bblaw.com

Brüssel

BEITEN BURKHARDT

Avenue Louise 489
1050 Brüssel
Belgien
Tel.: +32 2 6390000
Fax: +32 2 7322353
E-Mail: bblaw-bruessel@bblaw.com

München

BEITEN BURKHARDT

Ganghoferstraße 33
80339 München
Tel.: +49 89 35065-0
Fax: +49 89 35065-123
E-Mail: bblaw-muenchen@bblaw.com



WWW.BEITENBURKHARDT.COM

Beijing • Berlin • Brüssel • Düsseldorf • Frankfurt am Main • Moskau • München • St. Petersburg